

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag: Rieser Tageblatt, Riesa, Gernsack Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1880, Girokonto Riesa Nr. 82.

Nr. 274.

Donnerstag, 25. November 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kasse. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 60 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Ermäßigter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Vorträge Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Darger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Geyersstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Pan-Asien.

Entrückt der ewigen Kabbalerei in Europa sind zur Zeit in allen Nationen des asiatischen Weltteils Kräfte an der Arbeit, die zusammenfassen wollen. Nicht destruktiver Art suchen sie nach Voraussetzungen für die Errichtung eines Gebildes, das jetzt vielleicht noch recht fadenhaft ist in der Phantasie seiner Schöpfer umreißt, das aber bereits Konturen erkennen läßt, die eine Idee preisgeben. Dieser Gedanke, der die Männer in Asien beschäftigt, ist trotz aller Ablehnung die Schöpfung eines pan-asiatischen Gebildes, die Aufrichtung eines asiatischen Weltreiches, einer geeinten asiatischen Wirtschaftsstruktur als Gegengewicht zur Welt Herrschaft, die Europa heute noch für sich in Anspruch nimmt. Zwar liegt die Verwirklichung einer solchen Idee noch in recht nebelhafter Ferne. Aber die wirtschaftliche Misere Europas, die Zerreißung seines Staatsgebildes durch den Versaillesvertrag, die mehrere 1000 Kilometer lang neu errichteten Höllemauern, das Antragspiel hinter den Kulissen der europäischen Diplomatie, Nachtstürze, Gewaltsbedrohungen, Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes vieler Völker, Unrecht, Mißtrauen, Leid und Angst — das alles zusammen genommen schafft ein Moment, das das Tempo der pan-asiatischen Idee beschleunigt, den Weg zur Verwirklichung des großen Gedankens verflacht. Europa hat im Augenblick gewiß wichtige Sorgen im Kopfe. Sorgen um seine Wiederherstellung, um seine Rettung aus der Katastrophe, in die ein Weltkrieg und all seine Begleiterscheinungen es gestürzt haben. So hat es vielleicht jetzt wenig Mühe, sich mit dem zu beschäftigen, was außerhalb des alten Kontinents sich ereignet. Aber immerhin, das, was sich drüben in der Türkei, in Persien, in China und in — Moskau vorzubereiten scheint, ist so eminent wichtig für die weitere Zukunft Europas, daß es besser wäre, man würde sich in Europa etwas enger mit den Verhandlungen beschäftigen, die, wie die Zusammenkunft Tschitscherins mit dem türkischen Außenminister Kuchuk-Bey in Odessa zeigt, immerhin sich vorwärtsentwickeln.

Moskau ist aus der Krise seiner Revolution, aus dem Zusammenbruch der ehemalsigen russischen Weltgeltung wieder zu neuem Leben erwacht. Der Gedanke des Bolschewismus, der bisher die Sowjets beherrschte, ist etwas verblaßt und hat kühleren realpolitischen Erwägungen Platz gemacht. Sowjet-Rußland fühlt sich heute nicht mehr als Träger einer Weltidee. Dieser Traum ist an der harten Wirklichkeit zerbrochen. Auf den Trümmern des Bolschewismus erhebt sich wieder langsam aber deutlich erkennbar der alte nationale russische Gedanke. Stärkung der russischen Nation nach innen und außen, Rückkehr zu einer nationalen Politik, die nur das Nationale kennt, das Nationale schätzen will, und sei es durch Vernichtung anderer Staatskörper. Das sind Tendenzen, die heute schon die Sowjets in ungleich härterer Weise beeinflussen als vor zwei oder drei Jahren. Europa selbst, mit Recht und Unrecht, das sei dahingestellt, hat Rußland die Tür verschlossen. Es ist möglich, daß diese Isolierung Rußlands von Europa durch den Schutz der alten europäischen Kapitalwirtschaft bedingt war. Es ist auch möglich, daß die Ententepolitik Rußland gegenüber nicht den Interessen der europäischen Entwicklung entsprach. Heute ist es uns noch nicht gegeben, klar die Verhältnisse oder die Möglichkeit der Rußlands-Politik der europäischen Mächte zu überblicken. Immerhin hat man festzustellen, daß Rußland Europa den Rücken kehrt und sich Asien zuwendet, um dort die Nachführung in die Hände zu bekommen. Als in vorigen Jahre der Völkervertrag seinen Schicksalsspruch über Moskau fällt, kam unmittelbar nach diesem der Türkei zugesagten Unrecht die Annäherung zwischen Rußland und der Türkei zustande. Das Moskau-Abkommen, das später zwischen der Türkei, England und dem Irak abgeschlossen wurde, milderte zwar etwas den Schlag, der gegen die Türkei geführt wurde. Aber das Abkommen vermochte doch nicht das türkische Mißtrauen England gegenüber soweit zu beseitigen, daß London seine weiterreichenden Pläne, die auf die Schaffung eines größeren Paktsystems hinstreben, hätte durchführen können. In dem Weltlauf um den Einfluß in Asien zog England zugunsten Rußlands den Kürzeren. In den letzten Monaten sind die Verhandlungen zwischen der Türkei, Rußland, Persien und Afghanistan niemals zum Stillstand gekommen. Moskau schloß zunächst einen Neutralitätsvertrag mit Kabul, dem unmittelbar auf dem Fuße Besprechungen zur Verwirklichung eines engeren Handelsvertrags folgten. Verschieden verhandelte mit Ankara. Ueber die Art der Verhandlungen wurde zwar nichts offiziell bekannt gegeben, aber die türkische Presse verriet uns, die Bedeutung dieser Aussprache vorläufig in untergeordneten. Von Ankara begab sich der persische Unterhändler nach Moskau, ebenfalls in der Absicht, einen Vertrag zwischen den beiden Ländern zustande zu bringen. Odessa ist gewissermaßen ein Schlupfwinkel hinter dem ersten vorbereitenden Teil der Bemühungen zur Schaffung eines asiatischen Staatenbundes.

Ein asiatischer Staatenbund wäre jedoch kein vollkommenes Gebilde, wenn China und Japan in ihm nicht wohnberechtigt wären. Im Augenblick hat zwar das chinesische Reich mit seinen inneren Wirren zur Genüge zu tun. Aber so gewaltig auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen Peking und der Kantoner Regierung sind, in einer Richtung sind sie sich einig: in der Befreiung des chinesischen Gesamtreiches von der Bevormundung der Fremdmächte. So ist auch hier der Boden für einen asiatischen Staatenbund geebnet. Die Vorbereitungen zu einem

Erste Sitzung des neuen Landtages.

Hg. Schwarz (Soz.) zum Präsidenten gewählt.

Dresden, 25. November. Der neu gewählte sächsische Landtag, der heute nachmittags zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, nahm die Wahl des Landtagspräsidenten vor.

Es wurde gewählt zum Präsidenten Hg. Schwarz (Soz.), früherer Wirtschaftsminister, einstimmig bei 7 ungenügenden Stimmen, zum Vizepräsidenten der bisherige Vizepräsident

des alten Landtages Dr. Eckardt (Dn.) mit 51 Stimmen gegen 44, die auf den kommunistischen Abgeordneten Vöberlach entfielen, zum zweiten Vizepräsidenten wurde Hg. Dr. Dickmann (Dsp.) mit 47 Stimmen gewählt, gegen 44 Stimmen, die wiederum auf den kommunistischen Abgeordneten Vöberlach entfielen.

Freundschaftsvertrag zwischen China und der Türkei lassen auch bereits erkennen, daß die pan-asiatische Idee ihre Früher bis nach Beijing ausgedehnt hat. Dasselbe läßt sich von Japan sagen. Die Beziehungen Tokio zu Ansoara sind in der letzten Zeit entschieden freundschaftlicher geworden, wobei man nie verzeihen darf, daß Japan als einzige Entente-macht niemals den Frieden von Lausanne ratifizierte. So ist der Kreis, den die pan-asiatische Idee ziehen will, nahezu geschlossen. Gewiß, innerhalb dieses Kreises ist noch alles in Gärung, im Zustand des Werden, unübersichtlich, unklar. Aber schließlich, auch Pan-Asien kann nicht in einem Tage aufgebaut werden. Und was spielt die Zeit für eine Rolle in der Entwicklung der Völker?

Keine Räumung ohne Sicherheit!

Paris, 24. Nov. In den letzten Abendstunden verläutet, daß von Seiten des französischen Generalstabes mit besonderem Nachdruck von der französischen Regierung verlangt worden sei, sich vor Genf in keinerlei Verhandlungen über den Termin einer frühzeitigen Räumung des Rheinlandes einzulassen, wenn durch Deutschland keine genügenden Garantien für die Sicherheit Frankreichs gegeben werden. Wie es heißt, soll sich Belgien die größte Mühe geben, zu einer ausgleichenden Formel zu gelangen, deren Grundidee in gewissen Sinne in der auf dem Sozialistenkongress in Luxemburg gefaßten Resolution zu erblicken sein soll.

Der Gesekentwurf über den Reichswirtschaftsrat.

Berlin. (Frankfurt.) Der Entwurf des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat wird jetzt gleichmäßig mit dem Entwurf eines Ausführungsgesetzes veröffentlicht. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat arbeitet auf der Grundlage einer Verordnung.

Der vorliegende Entwurf sucht nun keine gesetzliche Basis zu schaffen, indem er die bisherige Praxis mit einigen Abänderungen in Einzelbestimmungen festlegt. Daraus ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl auf 125 herabgesetzt wird, während der vorläufige Reichswirtschaftsrat aus 128 Mitgliedern bestand. Außerdem können in Zukunft für einzelne Sitzungen oder Verhandlungsgegenstände nichtständige kühnberedigte Mitglieder einberufen werden. Bisher war die Reichsregierung nicht verpflichtet, Anregungen des Rates an den Reichstag weiterzugeben. Nach dem vorliegenden Entwurf hat sie eine Vorlage des Rates auch dann beim Reichstag einzubringen, wenn sie ihr selbst nicht zukommt. Die tatsächliche Tätigkeit des Rates wird in Zukunft auf die Initiativentwürfe des Reichstages ausgedehnt. Ferner müssen auf Verlangen die Vollvermittlung oder die Ausschüsse des Rates Gutachten vor dem Reichstag, dem Reichsrat oder ihren Ausschüssen durch Beauftragte mündlich erklären lassen. Andererseits kann der Rat seine eigene Vorlage durch den Reichstag vertreten lassen. Der Entwurf des Ausführungsgesetzes regelt die Einberufung und Zusammenlegung des Rates. Die händigen Mitglieder werden für 6 Jahre einberufen, alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus. Besondere Bedeutung hat die Bestellung des Ermittlungsausschusses (Enquetenausschusses), die durch den Vorstand des Rates auf Verlangen oder mit Zustimmung der Reichsregierung erfolgt. Die Zahl der Mitglieder setzt die Reichsregierung fest.

In der Begründung wird ausgeführt, daß im allgemeinen das Stimmverhältnis der einzelnen Berufsgruppen-Bereitungen dem bisherigen Zustand entspricht. Für einige Gruppen hat sich aus den bisherigen Erfahrungen die Notwendigkeit einer allernähsten Berücksichtigung ergeben. Im Vergleich mit dem vor einem Jahr vorgelegten Referentenentwurf sind die Grundzüge dieselben geblieben, der neue Entwurf läßt sich allerdings härter von dem Behreben leiten, die Selbstverwaltung und die Unabhängigkeit des Reichswirtschaftsrates sicherzustellen.

Abreise der „Carmen“.

New York. Die Bark „Carmen“ ist gestern mittag hier ausgelaufen. Ratten-Bewachungsmittel begleiteten sie bis zu einem etwa 140 Meilen von der Rüste entfernten Punkt. Wie „Associated Press“ erfährt, haben die Beamten des Küstenwachpostens bei der Durchsicherung der „Carmen“ festgestellt, daß die Ladung des Schiffes, obwohl es seit zwei Wochen in der Höhe der Rüste kreuzte, vollständig vorhanden war.

Entwurf eines neuen Arbeitsschutzgesetzes.

Berlin. Das Reichskabinett behandelte in der gestrigen Sitzung u. a. den Entwurf eines neuen Arbeitsschutzgesetzes. Die Beratungen darüber werden in der nächsten Kabinettsitzung fortgesetzt.

Begegnung Briand — Mussolini.

Berlin. Mit dem heranrückenden Termin der Ratstagung in Genf mehrten sich die Gerüchte von einer bevorstehenden Unterredung Mussolinis mit dem französischen Außenminister. Am Quai d'Orsay wird berichtet, daß Briand keine Veranlassung habe, sich mit Mussolini in detaillierte Verhandlungen einzulassen. Der wahre Grund der ablehnenden Haltung auf der Seite Frankreichs liegt nach unseren Informationen in dem ungelärten Verhältnis beider Staaten, das durch die Grenzverhältnisse entstanden ist. Auch will Briand es vermeiden, in eine Diskussion über die Mandatsfrage hineingezogen zu werden. Daraus vermutet man in Paris, daß Mussolini sich an der Ratstagung beteiligen wird, um sich wieder persönlich an den Auseinandersetzungen der Westmächte und Deutschlands über die europäische Politik und die sonst schwebenden Probleme zu beteiligen.

Mussolini über die Behandlung Südtirols.

Berlin. Die Morgenblätter melden aus Innsbruck: Der Fürstbischof Eudreio von Trient hat gelegentlich eines Besuches in Rom auch bei der Kurie vorgeprochen und Mussolini einen Besuch abgestattet. Er soll Mussolini vorgebracht haben, daß die in Südtirol angewandten Reichsgesetze nicht die richtigen seien. Mussolini habe ihm geantwortet, daß sich diese Methode als wirksam erwiesen und bisher bewährt hätte. Sei das einmal nicht mehr der Fall, so läme die Zeit, das zu ändern.

Chamberlain zur deutschen Abrüstungsfrage.

London. Im Unterhaus fragte Sir William Davidson den Außenminister, wie weit die deutsche Abrüstung heute mit dem Vertrag von Versailles übereinstimme. Chamberlain antwortete, daß noch einige Punkte in der Entwurfsfrage unerledigt seien. Die Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kontrollkommission und der deutschen Regierung gingen aber vorwärts. Davidson fragte weiter, ob sich der Außenminister mit gewissen Seiten des Reichswehr-Instruktionsbuches vom Jahre 1926 befaßt habe. Chamberlain bejahte die Frage und betonte, die deutsche Regierung träge die nötigen Maßnahmen, um diesen Fall zu regeln.

Ein Dorf bei Nizza verpöckelt.

20 Personen getötet. Paris. Wie aus Nizza gemeldet wird, ist das Dorf Rocanobilliere, welches 15 Km. von Nizza entfernt liegt, infolge eines Erdbebens, der durch wolkenbruchartigen Regen der letzten Tage verursacht wurde, verpöckelt worden. Bisher wurden 20 Personen als tot gemeldet.

Aus dem bayerischen Landtag.

München. In der gestern fortgesetzten politischen Aussprache erklärte der deutsche Abgeordnete Braunward u. a., er wolle Stresemann nicht den guten Willen abwarten, aber wenn man auf der einen Seite seine Abrüstungspolitik und andererseits den Vernichtungswillen Boicarsos sehe, müsse man berechnete Zweifel an seiner Politik haben. Immer wieder müsse die Forderung an die Reichsregierung gestellt werden, auf eine Revision des Dawes-Planes zu dringen. Der letzte Finanzausgleich sei nur ein Glied in der Kette der Verleumdungen, die Eigenstaatlichkeit der Länder zu unterminieren. Der Vertreter des Bayerischen Bauernbundes Hg. Städel wandte sich nachdrücklich gegen die Militarisierungsbemühungen. Für den bayerischen Block verlangte Hg. Städel nähere Mitteilungen über die Verhandlungen der bayerischen Regierung in Berlin in der Frage des Finanzausgleiches und darüber, was die bayerische Regierung selbst unter Föderalismus verstehe. Der Redner stellte weiter die Frage, ob die Regierung oder der Ministerpräsident seine pflichtgemäßen Bedenken bei der Reichsregierung gegen die Wählerbündnis-Kontrolle geltend gemacht habe. Durch diese Kontrolle werde nur der Einfluß Frankreichs auf das Rheinland vermindert,